



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

Münsteraner Manifest des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Wir haben uns hier in Münster, der Stadt des Westfälischen Friedens, zum Katholikentag versammelt, um nach neuen Wegen zum Frieden zu suchen. Den Frieden zu suchen, heißt für uns, den Zusammenhalt in unserem Land und weltweit zu stärken und zu festigen. Als Christinnen und Christen wollen wir eigene konfessionelle Vorurteile und Trennungen überwinden, verbindliche Schritte aufeinander zugehen und insbesondere mit den Angehörigen anderer Religionen und Weltanschauungen friedlich zusammenleben. Der Friede erscheint oft unerreichbar, wo Vorurteile, Konflikte, Angst, Hass und Gewalt unsere Gesellschaft und die Staatengemeinschaft beherrschen. Lasst uns dennoch Frieden wagen!

Der 101. Deutsche Katholikentag soll ein Zeichen für den Frieden sein. Wir wollen zeigen, wie der Frieden Gestalt annehmen kann, und deutlich machen, wo weitere Schritte zum Frieden nötig sind.

1. Demokratie braucht Respekt und Vertrauen

Auch in unserem Land haben bei vielen Unzufriedenheit, Misstrauen und Feindseligkeit einen breiten Raum eingenommen. Für die großen Herausforderungen unserer Gegenwart versprechen manche gesellschaftlichen und politischen Kräfte vermeintlich einfache Lösungen. Sie glauben, dass Nationalismus und Egoismus uns einen Vorteil verschaffen könnten. Manche von ihnen setzen auf Ausgrenzung, Verleumdung und Hetze.

Wir sind überzeugt: Ein konstruktives und friedliches Miteinander kann nur erreicht werden, wenn Respekt, Vertrauen und die gegenseitige Anerkennung der jeweils Anderen in ihrer Lebensweise, ihrem religiösen Bekenntnis und ihrer Herkunft selbstverständlich sind und von allen praktiziert werden. Wir stehen für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander. Wir haben unsere bitteren Lektionen aus der Geschichte gelernt. Wir stehen auf für ein friedvolles Zusammenleben.

2. Kein Frieden ohne soziale Gerechtigkeit

Die soziale Spaltung in unserem Land ist sehr groß. Während eine kleine Gruppe viel besitzt, ist eine große Zahl von Menschen abgehängt: Materiell, weil ihr Haushaltseinkommen nicht die nötigsten Bedürfnisse abdeckt. Kulturell, weil die Vielfalt von Lebensformen frühere Gewissheiten in Frage stellt. Regional, weil jenseits der teuren Ballungszentren Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge wegbrechen.

Für den sozialen Frieden bedarf es der Integration aller Menschen. Den Armen und Schwachen wird unsere Gesellschaft gerecht, wenn sie ihnen materielle, soziale und kulturelle Teilhabe ermöglicht. Wir wollen unseren Beitrag leisten, dass Menschen auch in schwierigen Lebenslagen so unterstützt werden, dass sie in Würde ihr Leben meistern können.

3. An der Seite der Ärmsten weltweit

Die weltweiten Migrationsströme haben ihre Ursachen in Verfolgung und Krieg, vielfach aber auch in Hunger, bitterer Armut und der Sehnsucht nach einem besseren Leben. Solange die unfairen Handelsbeziehungen zwischen den Ländern des Nordens und des Südens, die Ausbeutung von Rohstoffen und die Vernichtung lokaler Märkte nicht gestoppt werden, lässt sich die Schere zwischen Arm und Reich nicht schließen. Kein noch so hoher Zaun wird die Menschen auf der Suche nach Sicherheit und einem menschenwürdigen Leben aufhalten können.

Die Vereinten Nationen haben uns mit der 2015 beschlossenen „Globalen Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ einen guten Kompass für den Weg zu mehr globaler Gerechtigkeit an die Hand gegeben. Wir wollen durch die Intensivierung der Entwicklungszusammenarbeit das Überleben der von der größten Armut bedrohten Menschen sichern und möglichst vielen Menschen in ihren Heimatländern Perspektiven für ein besseres Leben eröffnen. Wir müssen aber auch unsere Lebensweise reflektieren und uns für einen nachhaltigen Lebensstil in unserem Land einsetzen.

4. Internationale Verantwortung wahrnehmen

Kriege, militärische Gewalt und rhetorisches Säbelrasseln prägen die internationale Politik. Immer neue Schreckensmeldungen erreichen uns. Die Staatengemeinschaft findet keinen Weg zum Frieden in Syrien und an vielen anderen Orten unserer Welt. Auch in Deutschland wird durch Rüstungsexporte am Leid der von Krieg betroffenen Menschen mitverdient.

Wir sind überzeugt: Politische und diplomatische Lösungen sind möglich. Gerade das Modell des Westfälischen Friedens von 1648 zeigt, dass Beharrlichkeit und Interessenausgleich zu einem tragfähigen Frieden führen können. Deutschland trägt eine wachsende Verantwortung, Wege gemeinsamer Sicherheit zu suchen und zivile Konfliktbearbeitung zu fördern. Wir treten ein für eine strenge Kontrolle und Einschränkung deutscher Rüstungsexporte

5. In Sorge um das Gemeinsame Haus

Der Raubbau an unseren natürlichen Lebensgrundlagen bedroht neben Tieren, Pflanzen und Ökosystemen auch eine große und wachsende Zahl von Menschen. Sie fliehen vor Naturkatastrophen und Überschwemmungen, müssen ihre Heimat wegen des steigenden Meeresspiegels oder der Erosion der Böden verlassen.

Mit Papst Franziskus, der mit der Enzyklika „Laudato si“ eine unmissverständliche Aufforderung zur Bewahrung der Schöpfung ausgesprochen hat, sind wir überzeugt: Umwelt- und Klimaschutz sind eine notwendige Voraussetzung für internationale Gerechtigkeit und für unseren Frieden mit den kommenden Generationen. Wir treten ein für einen ambitionierten Klimaschutz, das Erreichen der UN-Nachhaltigkeitsziele und mahnen das Einhalten der vereinbarten CO₂-Reduktionsziele an.

6. Wer Gott sucht, sucht den Frieden

Antisemitismus und Islamfeindlichkeit bedrohen Menschen und den gesellschaftlichen Frieden. Sie dürfen keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Wir müssen Antisemitismus und jüdenfeindliche Vorurteile noch entschiedener bekämpfen. Auch im Alltag darf es ihnen gegenüber keinerlei Toleranz geben.

Nach entsetzlichen Anschlägen islamistischer Terroristen geraten die Muslime und der Islam als Religion bei vielen unter einen Generalverdacht. Vielfach wird die große Mehrheit der friedlichen Muslime mit gewalttätigen Extremisten gleichgesetzt. Gemeinsam mit der Mehrheit der Muslime sind wir überzeugt: Es darf keine Gewalt im Namen Gottes geben.

Wir treten ein für das Recht auf Religionsfreiheit in unserem Land und weltweit. Den Religionen wohnt ein großes Potenzial für den Frieden inne, aber sie tragen auch eine große Verantwortung. Im Dialog insbesondere mit Frauen und Männer jüdischen und muslimischen Glaubens wollen wir mutig Schritte auf dem Weg zu einem friedlichen Zusammenleben gehen und zeigen: Religion darf nicht Teil des Problems, sondern muss Teil der Lösung sein.

Wir setzen uns ein für den Frieden in der Kraft und mit dem Zuspruch Jesu Christi, dessen Worte wir in jeder Eucharistiefeier sprechen und mit denen wir uns gegenseitig den Frieden wünschen: „Frieden hinterlasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch.“ (Joh 14,27).

Beschlossen von der ZdK-Vollversammlung am 8. Mai 2018